



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 19.03.2025 – Auszug aus Drucksache 19/5941 –

Frage Nummer 32 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter
**Franz
Bergmüller**
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob dem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder zum Zeitpunkt, als er am Sonntag, den 16.03.2025 in der Sendung „Berlin Direkt“ öffentlich verkündete, „dass es an Bayern sicher nicht scheitern wird“¹, die explizite Zustimmung seines Koalitionspartners für eine Aufnahme von „Klimazielen“ in das Grundgesetz bereits vorlag (bitte den Zeitpunkt des Eingangs dieser expliziten Zustimmung offenlegen), aus welchen weiteren Gründen leistet die Staatsregierung diese Zusage zur Aufnahme von Klimazielen mithilfe einer Änderung des Grundgesetzes über eine Zweidrittelmehrheit und eine Zustimmung im Bundesrat, wenn doch die vom Ministerpräsidenten in der Sendung „Berlin Direkt“ als Grund angeführte Gefahr einer Bedrohung durch Russland und der damit verbundene Wunsch, erhebliche Summen an Geld für eine Aufrüstung zu mobilisieren, doch auch mithilfe der Erklärung einer Notlage und damit ohne Änderung des Grundgesetzes und damit sogar nur mithilfe einer einfachen Mehrheit tatsächlich möglich wäre und aus welchen Gründen ist der Staatsregierung die Sicherung der Finanzierung der Klima-Agenda für die kommenden zwei Jahrzehnte mithilfe einer Grundgesetzänderung so wichtig, dass sie dafür sogar bereit ist, den Wortlaut aus S. 51 des Koalitionsvertrags „Neue Schulden lehnen wir ab. Wir wollen auch in schweren Zeiten Chancen statt Schulden für unsere Kinder und Enkelkinder. Wir stehen daher zum ausgeglichenen Haushalt. Eine Umgehung der ‚Schuldenbremse‘, insbesondere durch nicht mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben in Einklang stehende kreditfinanzierte Sondervermögen, lehnen wir ab.“ zu brechen?

Antwort des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

Der Gesetzentwurf der Bundestagsfraktionen SPD und CDU/CSU (BT Drs. 20/15096) enthält ein Gesamtpaket an Maßnahmen, über das der Bundesrat voraussichtlich am 21. März 2025 entscheiden wird. Angesichts der aktuellen geopolitischen Entwicklungen steht der Freistaat zu seiner gesamtstaatlichen Verantwortung.

¹ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/sondervermoegen-schuldenbremse-csu-freie-waehler-soeder-koalition-bayern-100.html>

